

Betreuungsgeld

Echte Wahlfreiheit für Familien

Das Betreuungsgeld ist wesentlicher Teil einer christlich orientierten Familienpolitik und ein wichtiges Instrument zur Unterstützung junger Familien – denn es schafft echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag setzt sich deshalb weiter mit Nachdruck dafür ein, dass diese Leistung zügig eingeführt und nicht an weitere Bedingungen geknüpft wird.

Die Familie nimmt in Deutschland traditionell eine zentrale Rolle ein: Sie ist der Ort, an dem Werte und Einstellungen geprägt und Respekt und Verantwortungsbeusstsein für die Mitmenschen gelebt werden. Gleichzeitig belegen die stetig zurückgehenden Geburtenraten der vergangenen Jahre, dass es für junge Menschen in unserer Gesellschaft zunehmend schwieriger wird, individuelle berufliche Selbstverwirklichung und Familienplanung miteinander zu vereinbaren.

Mit der Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz hat die christlich-liberale Koalition deshalb bereits eine Möglichkeit für junge Eltern geschaffen, mit der Familie und Beruf erfolgreich miteinander vereinbart werden können. Daneben muss der Staat aber auch die jungen Familien unterstützen, die sich für eine Kindererziehung ohne Krippe entscheiden. Denn es kann nicht sein, dass Familien, die ihr Kind selbst betreuen oder die Betreuung anderweitig privat organisieren, keine staatliche Unterstützung erhalten, während der Ausbau eines Krippenplatzes den Staat durchschnittlich rund 1.000 Euro monatlich kostet. Das Betreuungsgeld ist daher nicht nur eine notwendige Ergänzung zur bestehenden Familienförderung, es ist vielmehr auch ein Gebot der Gerechtigkeit. Denn auch diejenigen Eltern müssen unterstützt werden, die sich bewusst dafür entscheiden, die Erziehung ihres

Kindes eigenständig in die Hand zu nehmen. Aus diesem Grund setzen wir uns konsequent dafür ein, dass das Betreuungsgeld – das im Koalitionsvertrag vereinbart und bereits in der letzten Wahlperiode von der Großen Koalition gesetzlich verankert wurde – nun zügig umgesetzt wird. Vorgesehen ist daher, dass Eltern, die keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen, ab dem Jahr 2013 mit 100 Euro pro Monat, ab dem Jahr 2014 mit 150 Euro monatlich bei der Betreuung ihrer Kinder unterstützt werden.

Das Betreuungsgeld stellt nicht nur eine wichtige Unterstützung und Anerkennung für die Eltern dar, es schafft auch eine echte Wahlfreiheit für junge Familien. Denn jede Familie kann mit dem Betreuungsgeld die Betreuung ihrer Kinder ganz nach ihren Bedürfnissen organisieren und wird so bei der Verwirklichung ihrer individuellen Lebensplanung unterstützt.

Moderne Familienpolitik bedeutet für uns, verschiedenste Lebensentwürfe zu unterstützen. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag setzt sich deshalb weiter konsequent dafür ein, dass das Betreuungsgeld als Barauszahlung zügig umgesetzt und an keine zusätzlichen Bedingungen geknüpft wird. So stellen wir sicher, dass Deutschland ein familienfreundliches Land bleibt und die Arbeitswelt sich den Bedürfnissen der Familien anpasst – und nicht umgekehrt.

moderne Familienpolitik

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den letzten Monaten die E.ON und die Nokia-Siemens-Network die Verlagerung von Arbeitsplätzen aus München angekündigt. Erst nach massiven öffentlichen Protesten – auch von mir – konnte in beiden Fällen das Schlimmste gerade noch verhindert werden: Tausende Arbeitsplätze bleiben nun doch in München erhalten. Dennoch viele Familien spüren, dass auch weiterhin eine Anzahl von Arbeitsplätzen abgebaut werden und Mitarbeiter an andere Standorte ziehen müssen oder in Transfergesellschaften wechseln.



Nun droht im Bereich der Luftfahrtindustrie weiteres Ungemach: Der EADS-Verwaltungssitz in Ottobrunn ist stark gefährdet. Hintergrund hierbei ist, dass in dem deutsch-französischen Gemeinschaftsunternehmen andauernd und schleichend die Produktion von Hochtechnologie aus Deutschland nach Frankreich verlagert wird. Das glatte Gegenteil aber wäre richtig und notwendig: Die deutschen Standorte brauchen die Rückholung von Zuständigkeiten und Produktionen, die in den vergangenen Jahren abgezogen worden sind.

Deutsche Politik muß gegen eine andauernde Verlagerung von hochwertigen Arbeitsplätzen aus Deutschland an französische Standorte kämpfen. Es kann nicht sein, dass alleiniger operativer EADS-Konzernsitz Toulouse werden soll und Ottobrunn bei München bis zur Bedeutungslosigkeit reduziert wird. Bei einem Unternehmen, an dem der deutsche Staat beteiligt ist, müssen die deutschen Interessen und damit die Arbeitsplätze gesichert werden. Deutsche Politik hat die Verantwortung für den Erhalt der deutschen Standorte. Dafür trete ich ein.

Mit freundlichen Grüßen



Fortsetzung des Atalanta-Mandats

Piraterie vor Somalia konsequent bekämpfen

Um die Piraterie vor der ostafrikanischen Küste weiter konsequent bekämpfen zu können, hat die Bundesregierung in dieser Woche einen Antrag in den Bundestag eingebracht, mit dem der Einsatz deutscher Soldatinnen und Soldaten vor der Küste Somalias fortgesetzt werden soll. Zur effektiveren Bekämpfung der Piraterie ist darüber hinaus vorgesehen, dass die eingesetzten Streitkräfte zukünftig auch gegen die logistischen Einrichtungen der Piraten an Land vorgehen können.

Vor der ostafrikanischen Küste gefährden nach wie vor Piraten das Leben von Seeleuten und die freie Seefahrt. Besonders betroffen von den gewalttätigen Übergriffen der Piraten sind die humanitären Hilfslieferungen im Rahmen des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen. Da die Übergangsregierung von Somalia selbst nicht in der Lage ist - und auch in absehbarer Zukunft nicht in der Lage sein wird - die Piraterie wirksam zu bekämpfen, sind seit dem Jahr 2008 internationale Streitkräfte im Rahmen einer EU-geführten Operation im Einsatz. Die sogenannte „Operation Atalanta“ trägt seither zur Abschreckung und Bekämpfung der

vor der somalischen Küste operierenden Piraten bei. Die Einsatzkräfte stellen nicht nur die humanitäre Hilfe für die somalische Bevölkerung sicher, sie unterbinden auch Geiselnahmen und Lösegelderpressungen. Dadurch wird auch der zivile Schiffsverkehr vor der ostafrikanischen Küste gesichert. Darüber hinaus wird mit dem Schutz der seeseitigen Versorgung ein Beitrag zur Stabilisierung Somalias geleistet. Die Erfahrung im Einsatz hat gezeigt, dass es für die Bekämpfung der Piraterie besonders wichtig ist, auch gegen deren Logistik am Strand vorzugehen. Dies sieht das Atalanta-Mandat bislang jedoch nicht vor. Deshalb soll das Mandat

nun erweitert werden, so dass auch Logistik, Häfen und Einsatzbasen der Piraten wirkungsvoll bekämpft werden können. Vorgesehen ist, dass die Einsatzkräfte zukünftig auch bis zu einer Tiefe von maximal 2.000 Metern an der Küste eingesetzt werden können. Längstens bis zum 31. Mai 2013 können nach dem Mandatsentwurf weiterhin bis zu 1.400 Soldatinnen und Soldaten vor der ostafrikanischen Küste eingesetzt werden. Mit der Anpassung des Atalanta-Mandats stellt die christlich-liberale Koalition sicher, dass die Piraterie vor der Küste Somalias weiter wirkungsvoll bekämpft und die humanitären Hilfslieferungen gesichert werden.

Diese Woche

Betreuungsgeld	
Echte Wahlfreiheit für Familien	1
Fortsetzung des Atalanta-Mandats	
Piraterie vor Somalia konsequent bekämpfen	2
Reform des Jugendstrafrechts	
Jugendkriminalität wirksam vorbeugen	2
Pflegeversicherung	
Mehr Hilfe für Demenzkranke	3
Finanzmarkt	
Parlamentsrechte werden gestärkt	3
CSU-Landesgruppe im Gespräch	
Wichtige Infrastrukturprojekte zügig voranbringen	4
Demografiestrategie	
Koalition meistert den demografischen Wandel	4
Blue Card	
Fachkräftebasis sichern	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Reform des Jugendstrafrechts

Jugendkriminalität wirksam vorbeugen

Mit der Reform des Jugendstrafrechts wird ein sogenannter „Warnschussarrest“ eingeführt und das Höchstmaß der Jugendstrafe auf insgesamt 15 Jahre angehoben. Der Gesetzentwurf christlich-liberalen Koalition zur Erweiterung der jugendgerichtlichen Handlungsmöglichkeiten ist in dieser Woche in erster Lesung im Bundestag beraten worden.

Die Gesamtzahl der als tatverdächtig registrierten Jugendlichen und Heranwachsenden ist in den letzten zehn Jahren deutlich gesunken. Gleichzeitig haben jedoch gewalttätige Übergriffe Jugendlicher stark zugenommen. Insbesondere Meldungen über Gewalttaten junger Menschen in öffentlichen Verkehrsmitteln und auf Bahnhöfen erschrecken zunehmend die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Die Sanktionsmöglichkeiten des Jugendstrafrechts gegen solche jugendlichen Gewalttäter reichen derzeit nicht immer aus, um die jungen Straftäter von der Begehung weiterer Gewalttaten abzuhalten. Deshalb hat die christlich-liberale Koalition bereits im Koalitionsvertrag vereinbart, das Jugendstrafrecht zu reformieren und die Handlungsmöglichkeiten der Jugendrichter

zu verbessern. Mit dem in dieser Woche im Bundestag beratenen Gesetzentwurf wird nun ein weiterer Teil des Koalitionsvertrags umgesetzt und unter anderem ein Jugendarrest eingeführt. Der sogenannte „Warnschussarrest“ kann künftig parallel zu einer Bewährungsstrafe gegen jugendliche Straftäter verhängt werden. Dadurch besteht die Möglichkeit, dem jungen Straftäter bereits frühzeitig - und somit vor Begehung weiterer Straftaten - deutlich die Konsequenzen seines Tuns vor Augen zu führen. Um dem Ausmaß der Schuld junger Intensivtäter besser gerecht zu werden, sieht die christlich-liberale Koalition in ihrem Gesetzentwurf auch vor, dass die Höchststrafe für Mordverbrechen Heranwachsender erhöht wird - von bislang 10 Jahre auf zukünftig 15 Jahre Jugendstrafe.

Pflegeversicherung

Mehr Hilfe für Demenzkranke

Demenzkranken sollen zukünftig mehr Hilfen aus der Pflegeversicherung erhalten. Das ist ein wesentlicher Bestandteil des Pflege-Neuordnungsgesetzes, das die christlich-liberale Koalition in dieser Woche in den Bundestag eingebracht hat.

Bereits heute sind rund 2,4 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig, viele von ihnen sind an Demenz erkrankt. In wenigen Jahrzehnten wird die Zahl der pflegebedürftigen Personen auf über 4 Millionen steigen. Gleichzeitig wird die Bevölkerungszahl insgesamt sinken, so dass der prozentuale Anteil der pflegebedürftigen Menschen noch schneller ansteigen wird. Dieser Wandel stellt große Herausforderungen an die Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung und die Leistungsangebote der Pflegeversicherung müssen fortentwickelt werden. Zudem muss neu definiert werden, wer als pflegebedürftig anzusehen ist und geklärt werden, welchen Hilfebedarf insbesondere an Demenz erkrankte Menschen haben. Ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff ist in mehreren Schritten umzusetzen. Im Hinblick darauf, dass an Demenz erkrankte Menschen jedoch zeitnah konkrete Hilfe brauchen, werden sie bereits ab dem 1. Januar 2013 mehr

und bessere Leistungen erhalten. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen wird gleichzeitig der Beitragssatz um 0,1 Beitragssatzpunkte angehoben. Die verbesserten Leistungen an Demenzkranke werden so lange gewährt, bis der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff gesetzlich verankert ist. Mit den Leistungen verbunden sind weitere Verbesserungen: von der Möglichkeit der vorübergehenden Inanspruchnahme von Betreuungsleistungen, über die Flexibilisierung der Leistungsanspruchnahme, die Betreuung in Wohngruppen, die bessere Beratung bis hin zur Entlastung von Angehörigen. Darüber hinaus enthält das Gesetz ein Bündel an neuen Regelungen, mit denen pflegende Angehörige und deren Familien besser unterstützt werden. Mit der Gesetzesreform setzen wir nicht nur eine weitere Zusage aus dem Koalitionsvertrag um, sondern ermöglichen auch etwa 500.000 Demenzkranken und deren Familien ein Leben in Würde.

Finanzmarkt

Parlamentsrechte werden gestärkt

Die christlich-liberale Koalition setzt die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zum sog. „9er-Gremium“ um.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 28. Februar die Eingrenzung der Mitwirkungsrechte des Sondergremiums bei der Übernahme von Gewährleistungsrechten im Rahmen des europäischen Stabilisierungsmechanismus gefordert. Diese Forderungen setzt die christlich-liberale Koalition nun um. Zukünftig wird das „9er-Gremium“ nur noch über den Ankauf von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt entscheiden. In allen anderen Fällen entscheidet grundsätzlich das Plenum des Deutschen Bundestags beziehungsweise der Haushaltsausschuss. Eine generelle Regelung für Fälle von besonderer Eilbedürftigkeit ist in der neuen Regelung nicht mehr vorgesehen. Mit dem in dieser Woche beschlossenen Gesetz werden damit die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestags im Rahmen des europäischen Stabilitätsmechanismus gestärkt.

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Rostrote Betonköpfe

Der „Napoleon von der Saar“ ist ganz der Alte! Im Feldherrntonfall diktiert Oskar Lafontaine der LINKEN derzeit seine Bedingungen für die Rückkehr in die Spitze der Bundespartei. Wie DER SPIEGEL berichtet, verlangt der Ex-SPD-Chef unter anderem, dass sich Dietmar Bartsch – der eigentlich Co-Vorsitzender werden will – ihm als Stellvertreter unterordnet. Zudem soll sein saarländischer Intimus Heinz Bierbaum eine führende Rolle bekommen. Als ausgeschlossen gilt hingegen, dass Lafontaine und seine Lebensgefährtin Saira Wagenknecht aus dem Bundesvorstand ein „Familienunternehmen“ machen. Wagenknecht – so heißt es – ziele ohnehin eher auf den Fraktionsvorstand. DIE LINKE rührt also wieder einmal Beton an – in den Köpfen.

Grüner Zwist

Der Abstieg der GRÜNEN nach ihrem „Fukushima-Hoch“ im letzten Jahr geht weiter. Die Umfragewerte sinken – dafür nehmen die Zwickigkeiten zu. Wie die FRANKFURTER ALLGEMEINE schreibt, zerlegen sich im Südwesten gerade reihenweise die grünen Fraktionen in den Kommunalparlamenten. In Hanau und Dreieich, Offenbach und Darmstadt sind Mandatsträger aus den Fraktionen oder gleich aus der Partei ausgetreten – darunter sogar Fraktionsvorsitzende! In der Maintaler Stadtverordnetenversammlung gibt es neuerdings nicht nur eine, sondern gleich zwei grüne Fraktionen. Das ist nun wirklich des „Guten“ zu viel. Und ausgerechnet dies GRÜNEN nennen sich Ökopartei? In der Natur grünt es heftig, doch die sind sich kein bisschen grün.

Rot-grünes Misstrauen

Gebetsmühlenartig kündigen (drohen) SPD und GRÜNE den Deutschen die Wiederauflage von Rot-Grün im Bund an. Klar, denn nur so kann Sigmar Gabriel Kanzler werden. Der Haken: Statt Harmonie herrscht zwischen den Parteispitzen offenbar „ein erstaunliches Maß an gegenseitigem Unverständnis und Misstrauen“. Das haben laut SPIEGEL zwei Wissenschaftler der Elite-Uni Harvard in Gesprächen mit 40 rot-grünen Spitzenleuten und Strategen herausgefunden. Die SPD sieht die GRÜNEN als „Nischenpartei der Latte-Macchiato-Bourgeoisie“, die GRÜNEN die SPD als „fest verankert (wenn nicht gar verkrustet) in der staatskonservativen Schicht“, was für GRÜNE offenbar verwerflich ist. Das klingt nach wahrer Liebe – aber nur zu sich selbst.

CSU-Landesgruppe im Gespräch

Wichtige Infrastrukturprojekte zügig voranbringen

Die CSU-Landesgruppe hat sich in dieser Woche mit Dr. Grube, dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, getroffen und mit ihm über verschiedene wichtige Infrastrukturprojekte gesprochen.

Im Rahmen eines Gesprächs mit Dr. Rüdiger Grube und weiteren hochrangigen Vertretern der Deutschen Bahn haben die christlich-sozialen Bundestagsabgeordneten verschiedene regionale Infrastrukturprojekte besprochen. Neben den regionalen Projekten der Deutschen Bahn in Bayern wurden



Foto: CSU-Landesgruppe

CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt und Bundesminister Dr. Peter Ramsauer zusammen mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Dr. Rüdiger Grube

gerechte Bahnhofsausbau Thema des Gesprächs mit Dr. Rüdiger Grube.

auch Themen von überregionaler und bundesweiter Bedeutung angesprochen. So waren neben der Frage, mit welchen Maßnahmen der Lärmschutz weiter verbessert werden kann unter anderem auch der behinderten-

Blue Card

Fachkräftebasis sichern

Der Bundestag hat am Freitag einen Gesetzentwurf zur Einführung einer sog. „Blue Card“ beschlossen.

Der Standort Deutschland soll für gut ausgebildete ausländische Fachkräfte noch attraktiver und der dauerhafte Zuzug von hochqualifizierten Fachkräften erleichtert werden. Mit dem in dieser Woche vom Bundestag verabschiedeten Gesetz werden daher die Hürden für ausländische Fachkräfte herabgesetzt: Die Gehaltsgrenzen für den freien Zugang zum Arbeitsmarkt werden abgesenkt und die Voraussetzungen für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht werden maßvoll angepasst. Mit der Blue Card schafft die Koalition transparente und nachvollziehbare Anreize für den Zuzug ausländischer Fachkräfte.

Demografiestrategie

Koalition meistert den demografischen Wandel

Der Demografiebericht der Bundesregierung hat im vergangenen Herbst einmal mehr gezeigt, dass die Bevölkerungszahl in Deutschland weiter sinkt und gleichzeitig die Menschen im Durchschnitt immer älter werden. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung in dieser Woche eine Strategie auf den Weg gebracht, mit der sichergestellt wird, dass Deutschland den Herausforderungen gewachsen ist, die sich aus der demografischen Entwicklung in Zukunft ergeben werden.

Die Altersstruktur in der deutschen Bevölkerung wird sich in den nächsten Jahrzehnten entscheidend verändern: Während sich derzeit in Deutschland nach offiziellen Angaben rund 49,8 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 64 Jahren befinden, wird deren Zahl nach der Berechnung des Statistischen Bundesamts bis zum Jahr 2030 um rund 6,3 Millionen sinken. Im Jahr 2060 wird dann bereits jeder Dritte mindestens 65 Jahre alt sein. Somit stehen in Zukunft immer mehr älteren Menschen immer weniger jüngere Menschen zur Seite. Gleichzeitig geht die Bevölkerung in Deutschland zurück – daraus ergeben sich enorme Herausforderungen in fast allen Bereichen der Politik.

Aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir bereits jetzt die Weichen für die Gesellschaft von morgen stellen. Nur so können wir Gerech-

tigkeit zwischen den Generationen sicherstellen und die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder sichern. Das Bundeskabinett hat deshalb in dieser Woche die Demografiestrategie „Jedes Alter zählt“ beschlossen. Darin ist unter anderem vorgesehen, Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern zu fördern und vermehrt Fachkräfte nach Deutschland zu holen. Familie und Beruf sollen besser vereinbar werden und die Pflegeangebote für die wachsende Zahl älterer Menschen verbessert werden. Gleichzeitig ist vorgesehen, in den öffentlichen Kassen konsequent einzusparen, denn viele Menschen sorgen sich bereits jetzt um ihre Rente. Die CSU-Landesgruppe setzt sich deshalb konsequent dafür ein, dass sich Leistung weiterhin lohnt. Jeder, der sein Leben lang in Vollzeit gearbeitet hat, soll im Alter von seiner Rente auch leben können. Deshalb soll die geplante Zuschuss-

rente auch Kindererziehungszeiten und Pflegezeiten berücksichtigen. Die Bewältigung der demografischen Herausforderungen setzt insbesondere voraus, dass es gelingt, die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen. So ergeben sich beispielsweise auch in der Pflegepolitik große Herausforderungen. Bereits heute gibt es in Deutschland etwa 2,4 Millionen Pflegebedürftige. Bis zum Jahr 2050 wird sich diese Zahl nahezu verdoppeln. Zugleich wird die Zahl der Beitragszahler, die die Leistungen der Pflegeversicherung finanzieren müssen, weiter sinken.

Weitsichtige Planungen sind deshalb gefragt. Die christlich-liberale Koalition stellt mit der in dieser Woche auf den Weg gebrachten Strategie sicher, dass die Menschen auch in Zukunft auf eine gerechte, zukunftsfähige und verlässliche Politik vertrauen können.